

Herrn
Präsidenten des Bundesrates
Reinhard Todt
Parlament
1017 Wien

5. Juni 2018

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0033-II.4/2018

Die Bundesräte Mag. Dr. Ewa Dziejcz, Kolleginnen und Kollegen haben am 5. April 2018 unter der Zl. 3474/J-BR/2018 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Angriffskrieg der Türkei auf Afrin“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die österreichische Bundesregierung vertritt eine lösungsorientierte Position, die dem Ziel dienen soll, die Kämpfe in Syrien, die furchterliches Leid – vor allem für die Zivilbevölkerung – nach sich ziehen, möglichst bald und nachhaltig zu beenden. Eine Lösung des Konflikts kann nur im Wege von Verhandlungen geschehen. Dies habe ich auch meinem türkischen Amtskollegen bei unserem Treffen am 25. Jänner 2018, verbunden mit dem Angebot Österreichs, als Verhandlungsort zur Verfügung zu stehen, mitgeteilt. Die Türkei befindet sich in einer schwierigen geopolitischen Lage und hat eigene Sicherheitsinteressen, die grundsätzlich verständlich sind. Jede Maßnahme muss jedenfalls situationsangemessen und verhältnismäßig sein und unter Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts und des Gebots des Schutzes der Zivilbevölkerung, erfolgen. Die türkische Militäroperation in Afrin hat jedoch die ohnehin schon sehr komplexe Lage in Syrien weiter verkompliziert.

Zu Frage 3:

Eine Beteiligung des IS/Daesh und anderer terroristischer Gruppen an der Afrin-Operation wurde immer wieder kolportiert, es liegen jedoch keine gesicherten Erkenntnisse darüber bzw. über den allfälligen Umfang einer Einbeziehung von Kämpferinnen und Kämpfern des IS/Daesh vor. Grundsätzlich verurteilt Österreich jede derartige Zusammenarbeit mit Mitgliedern terroristischer Gruppierungen.

Zu Frage 4:

Die Frage der Radikalisierung in Moscheen war ebenfalls Thema meiner Gespräche mit dem türkischen Außenminister. Die rezenten Ereignisse in einer Wiener ATIB-Moschee wurden erst nach meinem Gespräch mit dem türkischen Außenminister publik. Die türkische Botschaft wurde in Kenntnis gesetzt, dass derartige Propaganda keinesfalls dem österreichischen Verständnis der Tätigkeit religiöser Einrichtungen entspricht.

Zu Frage 5:

Ich bin parteifreies Mitglied der Bundesregierung. Als solches stehe ich für die im Regierungsprogramm 2017-2022 enthaltene Position.

Zu Frage 6:

Derzeit liegen keine Berichte vor, dass syrische Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus der Türkei in Afrin angesiedelt werden.

Dr. Karin Kneissl

